

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Anzeigenpreise:** Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M. für auswärts 0,40 R.-M.; die Anzeigenzeile im Anschluss an redaktionellen Text 20 mm breit kostet 2 R.-M. für auswärts 2,50 R.-M.; abzüglich 5% Anzeigenrabatt. — Die Briefgebühren für Zusatzenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einrückung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

**Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung**

**Bezugspreise:** Bei freier Zustellung durch 2,00 R.-M. pro Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,48 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Abonnement: Für die Woche 1,00 R.-M. Einzelnummer 10 R.-M., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-M.

**Redaktion, Verlag und Geschäftsstelle:** Dresden-N., Ferdinandstr. 1 • Postadresse: Dresden-N. 1, Postfach • Fernruf: Ostberliner Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981-27983 • Telegr.: Neueste Dresden  
Postfach: Dresden 2060 — Nichterlangte Einwendungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Leserschaft keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Anteils

Nr. 4

Mittwoch, 6. Januar 1932

40. Jahrgang

## Kommt eine „große Geste“ Frankreichs?

Noch immer keine endgültige Entscheidung Englands zur Reparationsfrage — Eine Denkschrift zum Finanzausgleich

### Ein vernünftiger Vorschlag

und sein unvernünftiges Echo

Telegramm unseres Korrespondenten

ch. Paris, 5. Januar

Großes Aufsehen erregt in französischen Kreisen der Vorschlag der „Dépêche de Toulouse“, Frankreich solle auf alle Reparationsforderungen verzichten, um einen endgültigen Frieden zwischen Deutschland und Frankreich zu ermöglichen. Das Blatt erklärt, Frankreich habe zwar juristisch und moralisch ein Recht auf die Reparationen, trotzdem müsse es edelmütig diesen Anspruch opfern, um sich Deutschland zu nähern und ihm seinen Freundschaftswillen zu bekunden. Ein Verzicht Frankreichs auf Reparationen würde alle Mißverständnisse zerstreuen. Die Forderung des Gastes würde der Verzicht wie ein Donnererschlag treffen. „Wie breit öffnet sich der Weg für die Verständigungspolitik! Welche Möglichkeiten für die Befestigung des Friedens und der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung des schwankenden Europas müßte ein solcher Schritt Frankreich bringen! Wir brauchen nur zu wollen und wir können die Welt retten.“ Die „République“, das Blatt des radikalsocialen (linksbürgerlichen) Parteiführers Daladier, stellt mit Befriedigung fest, daß die „Dépêche de Toulouse“ als erstes Blatt in Frankreich laut diese Forderungen erhebt. Die Frage sei jetzt klar gestellt, und die Radikalsocialen werden lebhaft damit einverstanden sein, daß die Stimme der Vernunft und der Großmut nicht erstickt werde. Die „République“ schließt ihren Kommentar mit den Worten: „Der Friede ist im Kommen.“

Es ist nicht zu bezweifeln, daß eine große Geste Frankreichs, wie sie von der „Dépêche de Toulouse“ verlangt wird, ein radikaler Verzicht auf alle deutschen Reparationsforderungen der erste entscheidende Schritt zu einer wirklichen dauerhaften Lösung des deutsch-französischen Problems und damit auch zur Überwindung der großen Wirtschaftskrise wäre. Unter einer Voraussetzung allerdings: daß diese Geste erfolgt, ehe es zu spät ist und daß der Verzicht wirklich radikal endgültig und bedingungslos ist. Wie ist das Echo dieses Vorschlags in Frankreich? Die „République“ begrüßt ihn vordringlich und begeistert. Sie ist das Organ Daladiers, des Führers des linken Flügels der radikalsocialen (linksbürgerlichen) Partei. Sein Kollege Derriot, der den rechten Flügel vertritt, war bisher genau der entgegengesetzten Meinung, und vertrat noch kürzlich in der Kammer leidenschaftlich das bestmögliche Frankreich auf Reparationen. Wie steht Derriot zu dem Vorschlag der „Dépêche de Toulouse“? Die Pariser Presse beschäftigt sich heute morgen ausführlich mit der aus Toulouse kommenden Anregung. Die Blätter der Linken stimmen dem Gedanken grundsätzlich zu, aber sie machen doch im Gegensatz zur „République“ allerlei sehr betrübliche Vorbehalte. „Deuvre“ glaubt einen solchen Schritt billigen zu können, wenn er wirklich eine neue politische Atmosphäre schafft. Er sei abzulehnen, falls er lediglich dem Interesse der angelsächsischen Weltmächte dienen sollte. Die ebenfalls linksstehende „Société“ kommt

zu keinem klaren Ergebnis. Sie meint zwar, die „Aera der halben Maßnahmen“ sei vorbei, vermutet aber, Deutschland würde auch nach Streichung der Reparationen an d r s Forderungen, wie beispielsweise die Befestigung des Danziger Korridors, mit gleicher Festigkeit vertreten. Noch deutlicher rückt die „Ere Nouvelle“ von dem Vorschlag ab. Zwar erklärt auch sie, die öffentliche Meinung erwarte eine große Geste, aber dieser großen Geste müsse vorangehen der Verzicht des amerikanischen Kongresses auf die Kriegsschulden, der privaten Gläubiger auf die eingestorenen Kredite, und schließlich müsse man von Deutschland vorher auch noch die genügenden politischen Garantien verlangen. Damit wird das ganze in Toulouse geborene Friedensindulgenz in aller Stille abgewürgt. Denn die von der „Ere Nouvelle“ verlangten Vorbehalte und Vorbedingungen würden aus der großen französischen Geste lediglich ein gutes französisches Geschäft machen.

Die Reichspresse nimmt natürlich eindeutig gegen den Vorschlag Stellung und gibt sich nicht einmal Mühe, ihn auch nur grundsätzlich anzuerkennen. Abnehmend haben sich bisher ausgesprochen der „Tempo“, das „Echo de Paris“ und mit besonderer Schärfe das „Journal des Débats“, das zur Zeit das Organ des Schwerindustriellen der Wendel ist. Unter diesen Umständen darf man leider dem vernünftigen Vorschlag für erste keine allzu große aktuelle Bedeutung beimessen.

### Rampf der Meinungen in England

Telegramm unseres Korrespondenten

RF. London, 5. Januar

Die endgültige Entscheidung über Englands Stellung in der Reparationsfrage wird in den nächsten Tagen fallen. Morgen tritt der Kabinettsausschuß zusammen, der sich mit der Ausarbeitung des Programms für Kaufmann befaßt. Man darf bei Beurteilung der Lage nicht vergessen, daß die kürzlich veröffentlichten Informationen über ein weitgehendes englisches Zurückweichen vor Frankreich noch keine Befehle, sondern lediglich Tendenzen darstellen. Man kann zwar nicht bezweifeln, daß in den offiziellen Kreisen die Meinung dazu besteht, angesichts der amerikanischen Haltung für jetzt auf jeden Versuch einer endgültigen Reparationslösung zu verzichten und sich mit den Franzosen auf ein dreijähriges Moratorium zu einigen. Ein solcher Plan liegt wahrscheinlich dem Kabinettsausschuß vor. Er dürfte aus dem Schaham kommen, dessen Angehöriger, Sir Frederick Lugard, sich in Paris als Kompromißformel lancierte, ohne daß den Franzosen viel Gegenliebe zu finden.

Wichtig ist werden aber die Minister noch ganz andere Vorschläge zu prüfen haben, die in hartem Widerspruch zu den Plänen des Schaham stehen. Namentlich das Auswärtige Amt hat sich auf seine Grundzüge besonnen und der Regierung in vorläufiger Form den Rat erteilt, sich von den Schwerehändigen des Schaham nicht im Bodehorn lassen zu lassen. Wieder einmal ist in der kritischen Stunde der Kampf zwischen der Nord- und der Südseite der Downing Street, d. h. zwischen

Schaham und Auswärtigem Amt, ausgebrochen. Das Auswärtige Amt weigert sich vorerst, einzusehen, daß die Haltung der Vereinigten Staaten jeden Versuch einer halbwegs endgültigen Reparationslösung unmöglich mache und daß England deshalb nach wie vor mit der Forderung einer Revision des Youngplans nach Kaufmann gehen müsse. Dieser Auffassung soll auch Ramsay MacDonald persönlich sein.

Eine dritte Auffassung kommt angeblich aus dem Kreis um den Vizekönig des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ glaubt, daß einige Kritiker Lugards Auffassung nahelegen, Lugard soll auf dem Standpunkt stehen, daß die Konferenz von Lausanne in Anbetracht der kurzen Zeit, die zur Verfügung steht, lediglich eine ganz vorübergehende Zwischenlösung schafft, durch die Deutschland davor bewahrt wird, im Februar und im Juli bei den Fälligkeitsterminen für die Bankkredite in Versuchung zu geraten. Die Konferenz soll sich dann bis zum Sommer verlagern; dann würde der politische und wirtschaftliche Kuddelmus klar sein, und die Atmosphäre würde eine umfassende Dauerlösung eher ermöglichen als im Januar. Diese Vorschläge gehen davon aus, daß bis zum Spätsommer die Wahlen in Preußen und in Frankreich sowie die deutschen Präsidentschaftswahlen vorüber sein werden, so daß die Delegierten weniger um Parlamentarismöglichkeiten und öffentliche Meinungen besorgt zu sein brauchen. Wegen diesen Plan läßt sich natürlich einwenden, daß er abermals, wie schon viele seiner Vorgänger, die Lösung verweigert, in der Hoffnung, daß irgendwann oder irgendwann ein Wunder geschieht. Der Kampf der drei beherrschenden Meinungen dürfte sich in den nächsten Tagen weitgehend entscheiden.

### Die ersten Zusammenstöße in Indien

Auch der neue Präsident des Nationalkongresses verhaftet

Sonderabteilung der Dresdner Neuesten Nachrichten

L. Kalkutta, 5. Januar. (Durch United Press)

Kunmehr ist auch der gestern erst neu ernannte Präsident des Allindischen Kongresses, Rajendra Prasad, in Patna verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte, als er im Verein mit andern Kongreßmitgliedern die Räumung des Hauptquartiers des Kongresses verweigerte. Daraufhin wurde das Gebäude von der Polizei besetzt und sämtliche in ihm angetroffenen Personen festgenommen. Die Kongreßsprache, die vom Tache wehte, mußte dem Union Jack weichen. In Kalkutta sind zwanzig Personen wegen Verstoßens vor boykottierten Ladengeschäften verhaftet worden.

In Allahabad kam es bei einem Demonstrationen, der von der Polizei verboten worden war, zu Zusammenstößen zwischen Polizisten und Demonstranten. Drei Personen wurden hierbei getötet und eine Anzahl verletzt. Die Polizei nahm 30 Verhaftungen vor. Unter den Festgenommenen befindet sich auch der Schwager von Jawaharlal Nehru. Obgleich die Polizei die Ordnung wiederherstellen konnte, ist die Lage in Allahabad sehr gespannt. Jawaharlal Nehru, der Führer des extre-

men Flügels des Allindischen Kongresses, der, wie gemeldet, vor einigen Tagen verhaftet wurde, ist jetzt zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

### Die Boykottbewegung

Allahabad, 5. Januar

Die hiesigen Baumwollfabriken haben wegen der Verhaftung Gandhis beschlossen, keinerlei britische Waren mehr zu kaufen. Die Fabrikbesitzer planen ferner, die nach England gegebenen Beauftragungen auf Maschinen rückgängig zu machen. Auch der Gemeinderat der Stadt erwägt den Boykott britischer Waren und Firmen.

Die meisten größeren Kongreßabteilungen in den Provinzen haben ihre verschiedenen Unterabteilungen durch „Diktatoren“ erlegt, die beauftragt sind, für den Fall ihrer Verhaftung selbständig ihre Nachfolger zu ernennen. Ueberdies haben die kleineren Abteilungen in den verschiedenen Orten Anweisungen erhalten, ihr eigenes Aktionsprogramm aufzunehmen, ohne auf Weisungen der Zentralabteilung zu warten. In Calcutta sind sieben, in Lucknow vier Kongreßführer verhaftet worden.

### Die Aussichten Englands in Indien

Die gestern von den Engländern in Indien getroffenen Maßnahmen zeigen, daß es diesmal wirklich hart auf hart geht und daß man in London wie auch in New Delhi, dem Sitz des indischen Vizekönigs, ganz genau die Bedeutung dieser nunmehr herangekommenen Entscheidung fühlt. Es gibt nicht den geringsten Zweifel, weder für die englische Regierung noch für Gandhis. Es ist sicher, daß es der englischen Regierung für heute und wohl auch für die nächsten Jahre gelingen wird, die Ruhe im Lande wiederherzustellen; auf die Dauer kann — das weiß man auch in London ganz genau — Indien mit Gewalt natürlich nicht gehalten werden.

Dehalb will sich, wie aus einer amtlichen Londoner Mitteilung hervorgeht, die englische Regierung nicht damit begnügen, die Ruhe und Ordnung unbedingt aufrechtzuerhalten, sondern sie will die Verhandlungen mit den verschiedenen indischen Volks- und Religionsgemeinschaften weiter fortsetzen, um zu einer Verständigung über die zukünftige Verfassung Indiens zu kommen. Ob die neue „kriegerische“ Atmosphäre solchen Verhandlungen günstig ist, möchten wir allerdings bezweifeln. Bisher sind die englischen Behörden in Indien zwar sehr stark vorgegangen, wie die Beurteilung eines prominenten Führers des linken Kongreßflügels beweist, lassen aber gleichzeitig eine unumgängliche der Restlosigkeit zu vermeiden. Gandhis wird, wie bereits bei seinen verschiedenen früheren Verhaftungen, sehr sanft behandelt. Man gewährt ihm alle Erleichterungen im Gefängnis, die ihm gewährt werden können, hat ihm seine alte Wohnung wiedergegeben und sogar den Diener zur Verfügung gestellt, der ihn früher im Gefängnis betreute.

In Deutschland hat die indische Frage von jeher viel Beachtung und Interesse gefunden. Da aber nur ein ganz kleiner Teil der Deutschen die indischen Verhältnisse aus eigener Anschauung kennt, sind wir allzu leicht geneigt, sie nur durch die Brille der außerordentlich sympatischen und liebenswerten indischen Intellektuellen zu sehen, die Deutschland besuchen oder in Deutschland studieren und sich zum Beispiel in größerer Anzahl vor einigen Jahren in Dresden zu einer indischen Konferenz vereinigten. Wir kommen dadurch in die Gefahr, und die außerordentlich komplizierte indische Frage allzu sehr zu vereinfachen. Auf diese Gefahr wurde an dieser Stelle ja schon mehrfach aufmerksam gemacht.

Im rechten Augenblick erscheint deswegen in deutscher Uebersetzung der politische Roman des Engländers E. M. Forster „Indien“ (Paul-Verlag, Berlin 1932). Die englische Originalausgabe trägt den Titel „A Passage to India“. Dieser Roman sollte vor allem von unsern Intellektuellen gelesen werden, weil er tiefer in das praktische Zusammenleben von Indern und Engländern in Indien

hineinführt als alle abstrakten gelehrten Besprüche über das indische Problem in Europa. Forster stellt in dem Mittelpunkt seines Romans eine Gerichtsverhandlung in der Provinzstadt Chandrapur. Angeklagt ist eine indische Frau, völlig zu Unrecht ein junger mohamedanischer Jender, namens Mrs. Moore, der eine junge Engländerin, die zur Regierungsdame gehört, überfallen haben soll. Forster verfährt es meisterhaft, an der Hand dieses Gerichtssaals die Wurzel des englisch-indischen Gegensatzes, der gleichzeitig auch ein europäisch-asiatischer Gegensatz ist, freizulegen. Forster ist kein Anhänger der Politik des „big stick“, des großen Stodes, wie etwa Winston Churchill, Amery und andre, sondern ein weit linksstehender Mann, der den verschiedenen indischen nationalen Strömungen mit so viel Sympathie wie nur irgend möglich gegenübersteht. Einer der Heiden des Buches, dem er seinen eigenen Standpunkt unterstellt (Mr. Fielding) steht in schroffem Gegensatz zu der englischen Beamtenklasse und sucht ein Leben mit und unter Indern. Aber auch sein letztes Wort ist wenig hoffnungsvoll, sondern skeptisch, ja sogar offen pessimistisch.

Zum besseren Verständnis veröffentlichen wir die Schlussseiten seines Buches, die mehr als lange Verhandlungen der wahrlich nicht unüberbrückbar gewordenen europäisch-asiatischen Gegensätze schildern, der dem Ausdruck des jenseitigen Kampfes zugrunde liegt. Es heißt bei Forster:

„Den ganzen Weg nach Mau zurück tritten sie sich über Politik. Seit den Chandrapur Tagen waren sie beide hartnäckiger geworden, und es machte ihnen Vergnügen, sich häufig zu streiten. Sie brachten einander Vertrauen entgegen, obgleich sie sich zu trennen gedachten. Fielding sagte, auf Höflichkeit seinen Wert mehr, wie er sagte, und meinte, das britische Kaiserreich in Indien könne unmöglich deshalb abgeschafft werden, weil ihm „schlechte Manieren“ nachgesagt würden. Mrs. erwiderte: „Schnur, und wir brauchen euch nicht“, und bligte ihn dabei, wenn auch ganz unperfekt, mit grimmigen Augen an. Fielding meinte: „Sind wir erst aus dem Land, ach! mit den Indern reich bergan. Sehen Sie sich doch die hiesige Universität an. Und dann sich selber, der seine medizinische Wissenschaft an den Nagel hängt und wieder zu Sauter mitteln greift. Und dann Ihre Gedichte.“

„Was, die sind so über mich. Ich habe für Sie einen Verleger in Bombay aufgefunden.“

„Jawohl, und worauf laufen Sie hinaus? Befreit unsre Frauen und Indien ist frei. Versuchen Sie's doch, mein Jungechen. Befreien Sie erst einmal Ihre eigene gute Frau und warten Sie ab, wer dann Ahmed und Kerim und Dschemsi die Früchte wählt. Da könnten Sie wohl erleben.“

„Was würde jetzt immer erregter. Er richtete sich in seinen Hügel auf und setzte an den Jägeln, in der Hoffnung, sein Pferd möchte sich bücken. Dann